

# VEREINTE NATIONEN

Pressemitteilung

---

## SONDERBERICHTERSTATTERIN FÜR RELIGIONS- UND GLAUBENSFREIHEIT BESORGT ÜBER DIE BEHANDLUNG DER ANHÄNGER DES BAHÁ'Í-GLAUBENS IM IRAN

20. März 2006

Die Sonderberichterstatterin für Religions- und Glaubensfreiheit der Menschenrechtskommission, Asma Jahangir, hat heute folgende Erklärung abgegeben:

„Die Sonderberichterstatterin ist äußerst besorgt über ihr zugegangene Informationen bezüglich der Behandlung von Angehörigen der Bahá'í-Gemeinde im Iran.

Ein vertrauliches Schreiben vom 29. Oktober 2005 des Vorsitzenden der Kommandozentrale der Streitkräfte im Iran an eine Reihe von Regierungsstellen wurde der Sonderberichterstatterin zur Kenntnis gebracht. Der an das Informationsministerium, die Revolutionsgarde und die Polizei gerichtete Brief besagt, dass der oberste Führer Ayatollah Khamenei die Kommandozentrale angewiesen habe, Personen zu identifizieren, die dem Bahá'í-Glauben angehören und ihre Aktivitäten zu überwachen. Weiterhin werden die Empfänger ersucht, auf höchst vertrauliche Art und Weise jegliche Information über Mitglieder des Bahá'í-Glaubens zu sammeln.

Die Sonderberichterstatterin ist besorgt über die Initiative, die Aktivitäten Einzelner zu überwachen, nur weil sie einer anderen als der Staatsreligion angehören. Sie ist der Ansicht, dass eine solche Überwachung einen unzulässigen und nicht hinnehmbaren Eingriff in die Rechte der Angehörigen religiöser Minderheiten darstellt. Sie bringt auch die Sorge zum Ausdruck, dass die bei einer solchen Überwachung gewonnenen Informationen als Grundlage für eine verstärkte Verfolgung und Diskriminierung von Anhängern des Bahá'í-Glaubens benutzt und damit international anerkannte Normen verletzt werden.

Die Bahá'í-Gemeinde hat im Iran etwa 300.000 – 350.000 Anhänger. Die Mitglieder der Bahá'í-Gemeinde werden im Land aber nicht als religiöse Minderheit anerkannt und haben kein Recht, ihre Religion auszuüben. Die Sonderberichterstatterin für Religions- und Glaubensfreiheit hat die Behandlung von religiösen Minderheiten im Iran genau beobachtet und ist seit langem besorgt über die systematische Diskriminierung von Mitgliedern der Bahá'í-Gemeinde. Seit der Übernahme ihres Mandats im Juli 2004 hat die Sonderberichterstatterin bei einer Reihe von Anlässen bei der Regierung bezüglich der Behandlung der Bahá'í-Gemeinde interveniert.

Die Sonderberichterstatterin befürchtet, dass diese jüngste Entwicklung darauf hindeutet, dass sich die Situation im Iran hinsichtlich religiöser Minderheiten tatsächlich verschlimmert.

Sie ergreift diese Gelegenheit um zu betonen, dass die Tatsache, dass eine Religion als Staatsreligion anerkannt ist, nicht die Diskriminierung, in welcher Form auch immer, von Anhängern anderer Religionen nach sich ziehen darf. Sie ruft die Regierung des Iran auf, davon Abstand zu nehmen, Einzelne nach ihrer Religion einzuteilen, und sicherzustellen, dass Angehörige aller religiösen Minderheiten die Freiheit haben, ihren religiösen Glauben ohne Diskriminierung und Angst beizubehalten und auszuüben.“

\* \* \* \* \*

*Zur Verwendung für Medieninformation, kein offizielles Dokument*